

Die Bundesratsparteien im Spiegel ihrer Lokalsektionen

Von Andreas Ladner und Roland Schaller*

Seit Beginn der achtziger Jahre erleben die vier Bundesratsparteien einen für schweizerische Verhältnisse massiven Einbruch in der Gunst der Wählenden: Stimmten 1979 noch über 81 Prozent für eine der vier Regierungsparteien, so vereinten FDP, CVP, SP und SVP 1991 weniger als 70 Prozent der Stimmen.

Diese sozialwissenschaftlichen Befunde werden gerne als Anzeichen einer weit um sich greifenden Parteienverdrängtheit genommen. Bevor nun allerdings die traditionellen Parteien vorzeitig auf dem Schrothaufen der Geschichte landen, lohnt sich der Blick auf die unpektorierte Realität an der Basis.

Weitverzweigte und umfassende Organisationen

In den Gemeinden sind es allen voran die vier Bundesratsparteien, die über ein ausserordentlich engmaschiges Organisationsnetz verfügen. Ihre insgesamt rund 4500 lokalen Parteisektionen stellen nicht nur den überwiegenden Anteil der lokalpolitischen Gruppierungen, sondern reichen mitunter bis in die kleinsten Gemeinden.

Auch die Größe der vier Bundesratsparteien, gemessen an der Anzahl der Anhängerschaft sowie der Aktiven, zeigt eine erstaunlich breite Ver-

ankerung. Allerdings ist die Größe der Parteien ein variables Konstrukt. Parteien zielen nicht immer klare Grenzen zwischen denjenigen, die noch dazugehören, und denjenigen, die dies nicht mehr tun. Bei den Sozialdemokraten machen immerhin 84 Prozent ihrer Sektionen einen klaren Unterschied zwischen Mitgliedschaft und Anhängerschaft, und auch die SVP kommt diesbezüglich auf einen hohen Wert von 76 Prozent.

Eine solche Haltung erscheint nebenbei bemerkt durchaus plausibel, macht es doch für Parteien wenig Sinn, potentielle, aber nicht beitragswillige Gesinnungsverwandte auszuschiessen. Weshalb sollten sie zudem genau definieren, wer von ihnen bescheidenen exklusiven Leistungen nicht profitieren soll?

Eine auf dem Hintergrund der eingegangenen Antworten erstellte Hochrechnung kommt auf beeindruckende Zahlen. Mit gut 340 000 Anhängern und Anhängern gebietet die CVP über die grösste Gefolgschaft. Nur wenig zurück liegt die FDP, zählt sie doch in unserer Schätzung knapp 310 000 Personen zu ihrer Anhängerschaft.

Die von uns befragten Parteipräsidientinnen und -präsidenten gaben auch Auskunft über den Umfang der in ihren Sektionen aktiven Personen. In der für die gesamte Schweiz hochgerechneten Schätzung liegt wiederum die CVP mit knapp 640 000 auf der kommunalen Ebene Aktiven vorne, gefolgt von der FDP mit knapp 510 000 Aktiven, der SVP mit gut 35 000 und der SP mit immer noch ansehnlichen 22 000 Aktiven.

Verankerung in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Nicht nur die Größe der Bundesratsparteien erstaunt, auch ihre Integrationskraft liegt einiges über derjenigen ihrer politischen Konkurrenten. Unsere Untersuchung erfasst auch die in den Bundesratsparteien vertretenen Berufs- und Altersschichten. Dabei stützen wir uns nicht auf den eher diffusen Begriff der Anhängerschaft, sondern richten unser Augenmerk auf den Kreis der Aktiven, die in der Meinung, dass diese die eigentliche Basis einer Partei bilden und langfristige für den politischen Kurs von wegweisender Bedeutung sind.

Berufsspezifisch am ausgeglichener ist die CVP. Sie weist im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt der Parteiativen nirgendwo grosse Über-

Die Berufe der Aktiven (Prozentwerte)

Table with 6 columns: Beruf, CVP, FDP, SVP, SP, SPS. Rows include Freischaffende, Bauern, Gewerbetreibende, Industrielle, Hausfrauen, Leitende Angestellte, Einfache Angestellte, Arbeiter, Beamte, Studierende, Lehrerschaft, Rentner.

beziehungsweise Unterrepräsentanz auf (Tabelle 1). In ihr sind sowohl Angestellte als auch Bauern, Gewerbetreibende und Arbeiter aktiv. Zielmäßig ausgeglichen präsentiert sich auch die FDP. Überrepräsentiert sind in ihr die Gewerbetreibenden, die Industriellen sowie in geringerem Masse die leitenden Angestellten.

mittleren und unteren Angestellten. Stark unterrepräsentiert sind demgegenüber die Bauern, das Gewerbe sowie, wen wundert's, die Industrie. Während bei der SVP also die alten Mittelschichten immer noch über einiges Gewicht verfügen, so zeigt sich bei der SP der problematische Mix zwischen traditionellen Arbeiter- und neuen Mittelschichten.

Die berufsspezifischen Affinitäten der einzelnen Parteien bestätigt auch der Vergleich der jeweiligen Lokalsektionen in Gemeinden unterschiedlicher Einwohnerzahlen. Ob auf dem Lande oder in der Stadt, FDP-Lokalsektionen organisieren immer überdurchschnittlich mehr leitende Angestellte. Die SVP zählt zwar in den grösseren Gemeinden weniger Bauern in den Reihen ihrer Aktiven, ihr Anteil liegt, verglichen mit den anderen Parteien, aber immer noch deutlich höher.

Abgesehen von der Konfessionszugehörigkeit, entspricht die CVP wohl am ehesten dem Bild einer in allen Berufsgruppen verankerten Volkspartei. Die FDP kommt diesem Ideal recht nahe, weist allerdings einen Überhang an leitenden Funktion auf. Die SVP bleibt, was die Berufsrepräsentation anbelangt, immer noch stark der Bauern- und Gewerbeschicht verhaftet.

Die aktive Parteilichkeit wird grossenteils von den mittleren und damit, eigentlich erstaunlicherweise, von den erwerbstätigen Altersgruppen getragen (Tabelle 2). Unter Dreissigjährige und über Sechzigjährige, obwohl sie mehr Zeit fürs Politisieren zur Verfügung hätten, machen demgegenüber nur einen Fünftel der Aktiven aus.

Das Alter der Aktiven (Prozentwerte)

Table with 6 columns: Alter, CVP, FDP, SVP, SP, SPS. Rows include unter 30 Jahre, 30-45 Jahre, 45-60 Jahre, über 60 Jahre.

sen, hätte man bei ihr doch noch am ehesten einen Trend zur Überalterung erwartet. Die SP weist einen leichten Überhang an 30- bis 45jährigen Aktiven auf. Der Eindruck bestätigt sich, dass die Politisierung der 68er-Generation eine Welle von Aktiven in die SP gesüßelt hatte.

Die starke Vertretung der 30- bis 45jährigen in den Lokalpartei ist insofern von besonderem Interesse, als sie der weitverbreiteten Vorstellung von einer Überalterung der Parteien widerspricht. Trotz Zunahme der politischen Partizipationsmöglichkeiten (Quartiervereine, Bürgerinitiativen, neue soziale Bewegungen) findet sich auch in den politischen Parteien eine unerwartet grosse Zahl jüngerer, mit beiden Beinen in Berufs- und Familienleben stehender Personen. Dies ist auch ein Hinweis auf die grosse Überlebens- und Erneuerungsfähigkeit der kommunalen Parteien.

Kommunale «class politiques»

Die Bundesratsparteien verfügen zwar über eine breite soziale Basis, eine politische Karriere machen aber immer wieder dieselben Leute. Dieser Befund gilt für alle Parteien. Auch in der Schweiz wird die kommunale Politik von den neuen Mittelschichten beherrscht. Zu dieser Feststellung führt der Vergleich der Parteiativen mit den Vertretern der Parteien in den kommunalen Exekutiven.

Zu den Aufsteigerinnen und Aufsteigern in allen vier Bundesratsparteien zählen die leitenden Angestellten. Auf diese Berufsgruppe greifen sowohl die linken als auch die rechten Lokalsektionen mit Vorliebe zurück, wenn es um Exekutivmandate geht. Beläuft sich der Anteil der leitenden Angestellten bei den Aktiven noch auf 12 Prozent, so steigt er bei den Exekutivmitgliedern auf 23 Prozent, bei der FDP sogar auf 30 Prozent. Karriereemig übervertreten sind in den meisten Lokalparteien ausserdem die Gewerbetreibenden. Ganz besonders gilt dies für die SVP, in etwas abgeschwächtem Masse für die FDP und die CVP.

Zu den Karriereverliererinnen und -verlierern zählen durchs Band weg die Hausfrauen, die Rentner sowie die Arbeiterinnen und Arbeiter (besonders in der SP), in schwächerem Masse die mittleren und unteren Angestellten. Davon macht auch die SP keine Ausnahme. Überhaupt ist es augenfällig, dass vor allem im Produktionsprozess nicht oder in tiefer Stellung integrierte Personen den Schritt zu einer lokalen Parteikarriere selten schaffen. In allen politischen Lagern setzen sich

Zurück zur Vernunft beim Regionalverkehr

Konferenz der FDP-Regierungsräte

(Mitg.) An einer in Bern abgehaltenen Konferenz hiesigen die FDP-Vertreter aus den Kantonsregierungen durch SBB-Generaldirektor Benedikt Weibel über die Zukunft des Regionalverkehrs aus der Sicht der Bundesbahnen orientieren. Unter der Leitung von alt Nationalrat Karl Weber, Schwyz, diskutierten anschliessend die freisinnigen Regierungsräte Eric Honegger, Zürich, Dick Marty, Tessin, Thomas Pfisterer, Aargau, sowie der Präsident der nationalen Verkehrs-Kommission, FDP-Nationalrat Christian Wanner, über mögliche Lösungswege bei der Bewältigung des öffentlichen Regionalverkehrs. Dabei wurde unter anderem festgehalten, dass eine verstärkte Regionalisierung des Regionalverkehrs von den Kantonen begrüßt wird. Dies dürfe aber nicht im Sinne eines Aufblühens von finanziellen Lasten auf die Kantone geschehen, sondern müsse gleichzeitig auch die Delegation von Entscheidungskompetenzen an die Kantone umfassen. Pri-mär liege es nun an den politischen Verantwortlichen zu entscheiden, wie gross das Angebot im öffentlichen Regionalverkehr sein soll. In einem zweiten Schritt sei ohne ideologische Scheuklappen abzuklären, durch wen diese Aufgabe am besten gelöst werden könne. Schliesslich wird die Frage zu beantworten sein, wer diese Aufgabe finanzieren soll. Einig waren sich die Regierungsvertreter ferner darin, dass sich der öffentliche Regionalverkehr nicht nach Wunschvorstellungen orientieren kann, die für Bund und Kantone aus finanziellen Gründen nicht realisierbar seien, sondern auch in diesem Bereich zu vernünftigen und tragbaren Lösungen zurückgefunden werden müsse.

die gut qualifizierten neuen Mittelschichten durch.

Bei der Altersstruktur der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger bestätigt sich die herausragende Bedeutung der aktiven Berufstätigkeit, was bei den fachlichen Ansprüchen dieser Militär durchaus einsehbar ist. In den Städten ist dabei ein Alter über 45 Jahre einer Exekutivkarriere durchaus förderlich, während in kleineren Gemeinden über 60 Prozent der Gemeinderäte unter dieser Altersgrenze liegen. Vergegenwärtigt man sich den klassischen Verlauf einer politischen Karriere von der Gemeinde über den Kanton zum Bund, so dürfte bei aller Politikverdrossenheit die politische Klasse auch inskünftig keine Nachwuchsprobleme kennen.

Erst 1995 Revision des Eisenbahngesetzes?

(ap) Die Revision des Eisenbahngesetzes soll nicht wie geplant auf Anfang kommenden Jahres, sondern erst 1995/1996 in Kraft gesetzt werden. Diesen Wunsch deponierten Vertreter der Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs am Dienstag bei Bundespräsident Adolf Ogi, wie das EVED mitteilte. Mit der Revision des Eisenbahngesetzes und der Ausarbeitung eines neuen Leistungsauftrags für die SBB werden im Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) zurzeit Vorarbeiten für die künftige Entwicklung des Regionalverkehrs und damit für die Kantone von Bedeutung sind. Was die Revision des Eisenbahngesetzes betrifft, wünschen die Kantone angesichts tiefgreifender Änderungen ein nochmaliges Vernehmlassungsverfahren und eine Verschiebung der Inkraftsetzung. Sie möchten zudem bei der Neuformulierung des SBB-Leistungsauftrags einbezogen werden. Ogi bekundete Verständnis für diese Anliegen, wie das EVED schreibt.

Schwyzer Kantonsrat gegen Korporationen-Privatisierung

(sd) Die Gleichstellung der Frauen in den Korporationen des Kantons Schwyz soll nicht mit einem juristischen Ausweg verhindert werden. Der Schwyzer Kantonsrat hat mit 84 gegen 14 Stimmen eine Motion abgelehnt, die für die Korporationen das Privatecht statt des öffentlichen Rechts verlangt. Damit wären der Regierung bei der Durchsetzung der Gleichstellung die Hände gebunden gewesen.

Advertisement for Meister Juwelier Zürich, featuring a diamond image and contact information: Bahnhofstrasse 33, Telefon 01/221 27 27.

*Die Soziologen Ladner und Schaller vom Soziologischen Institut der Universität Zürich arbeiten an einem Forschungsprojekt, das auf einer Umfrage bei über 2500 lokalen Parteipräsidientinnen und -präsidenten beruht und im Herbst im Buchform erscheinen soll.

Spitzenforschung in biomedizinischer Technik

Abschluss des nationalen Forschungsprogramms «Biomedizinische Technik» (sd) Die im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms «Biomedizinische Technik» (NFP 18) durchgeführten Arbeiten haben der Schweiz in verschiedenen Teilbereichen eine internationale Spitzenstellung gesichert. Dieses Fazit zieht der Nationalfonds nach Abschluss des mit 12 Millionen Franken dotierten NFP 18.

Wirtschaftliche Auswertung

In vier Schwerpunktbereichen der biomedizinischen Technik wurden seit der Lancierung des NFP 18 im Jahre 1985 insgesamt 21 Forschungsprojekte durchgeführt, wie der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (NF) in einer Pressemitteilung ausführt. Die Arbeiten führten zu 22 Patentanmeldungen, rund 50 Forscherinnen und Forscher erwarben im Rahmen des Programms ein Doktorat. Die Arbeiten sichern der Schweiz gemäss NF «eine internationale Spitzenstellung» beispielsweise auf den Gebieten der Ultraschall-diagnostik, der Hochpräzisions-Computeromnigraphie oder bei der Entwicklung spezieller Biosensoren. Zahlreiche Projekte werden in Zusammenarbeit mit Industrieunternehmen oder im Rahmen von Firmenneuerrundungen weiterverfolgt und zur Anwendungsreife entwickelt.

Frühere Diagnose, neue Therapien

Osteoporose, eine durch Knochenabbau und Mineralverlust bedingte Schwächung des Skeletts, konnte bisher erst in einem späten Stadium erkannt werden. Nun ist am Institut für Biomedizinische Technik und Medizinische Informatik der Universität und der ETH Zürich ein Messverfahren, die periphere quantitative Computeromnigraphie, entwickelt worden, das es erlaubt, solche Veränderungen bereits nach wenigen Wochen zu erkennen. Zudem wurde nachgewiesen, dass durch die Zufuhr weiblicher Hormone in der Menopause (Östrogentherapie) der altersbedingte Knochenabbau gestoppt werden kann.

Fortschritte wurden auch bei der Erkennung und Zerstörung von Tumoren gemacht. Ein Projekt befasste sich mit dem Einsatz von Laser- und Bildtechnik und spezieller Farbstoffe, die sich selektiv in bestimmten Tumorzellen ansammeln und die Geschwulst sichtbar machen. Spezialisten der ETH Lausanne erzielten in Zusammenarbeit mit Fachärzten bedeutende Verbesserungen an den für die Behandlung benötigten endoskopischen Instrumenten und der verwendeten Optik. Mit dem Einsatz von Protonen für die Behandlung von Tumoren des Auges befasste sich ein Forschungsprojekt des Paul-Scherrer-Instituts (PSI).